

5. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

Aachen 18./19.1.2008



Vorschlag für eine Zivile Strategie für Frieden, Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan

Von Andreas Buro

Die zivile Strategie für Afghanistan, die hier als Grundlage für weitere Diskussionen in der Friedensbewegung vorgeschlagen wird, ist in hohem Maße ein politisches und nicht ein technokratisches Projekt. Wesentliche Akteure der NATO setzen aus vielerlei Gründen auf ein militärisches Vorgehen, auch wenn dadurch eine friedliche Lösung offenbar in immer weitere Ferne rückt. Die Friedensbewegung muß ihren Ansatz mit ihrem übergreifenden Ziel verbinden, militärische Interventionspolitik zurück zu drängen und zivile Konfliktbearbeitung zur gängigen Praxis werden zu lassen. Aus dieser Sicht sind die Ziele einer zivilen Afghanistan Strategie:

- Frieden und Kooperation zu fördern sowie Sicherheit im Lande zu stärken
- Einen Ausweg aus der militärischen Konfrontation zu eröffnen
- Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) zu erproben und als Alternative bekannt zu machen
- Möglichst viele NATO-Länder auf diesen zivilen Kurs zu bringen
- Die Selbständigkeit der EU-Staaten gegenüber der US-Interventionspolitik zu fördern, auch wenn keine Illusion über die Bereitschaft vieler EU-Staaten zu militärischer Interventionspolitik bestehen darf.

Bedingungen in Afghanistan, die zu berücksichtigen sind

Afghanistan ist ein Vielvölkerstaat und hat somit eine Bevölkerung mit sehr unterschiedlichen Loyalitäten. Paschtunen (ca. 40%), Tadschiken (25%), mongolstämmige Hazara (15%) und Usbeken (5%) sind die größten Völker neben vielen weiteren kleineren. Dari, Paschtu und Usbekisch sind die vorherrschenden Sprachen. Verbindend wirkt, dass fast alle Muslime sind (ca. 84% Sunniten, 15% Schiiten).

Es bestehen große Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung, welche die große Mehrheit der etwa 29 Millionen Einwohner ausmachen. Sie sind insbesondere durch die dominierende Lebensweise auf dem Lande mit den Stammestraditionen stark verbunden. Modernisierung ist in der Geschichte Afghanistan immer wieder auf großen Widerstand gestoßen und hat zu Sturz oder sogar Ermordung von Herrschern geführt. Auch die Mobilisierung von Widerstand durch die USA gegen die sowjetische Invasion baute auf traditionale Orientierungen und Werte. Landesweite Kooperationsbereitschaft ist also nicht selbstverständlich.

Ferner ist die Gesellschaft von jahrelangen Kriegen geprägt. Diese haben bestehende Strukturen teilweise zerschlagen und neue unsichere, partielle Herrschaftsformen (Warlords, Opiumkartelle) geschaffen. Eine auf Produktion beruhende Bourgeoisie ist kaum entstanden

Die Langsamkeit gesellschaftlicher Veränderung ist unbedingt zu berücksichtigen. Modernisierung muß aus der Gesellschaft heraus entstehen zusammen mit der Veränderung der Produktionsstrukturen.

Die Taliban basieren zum Teil auf Traditionen der paschtunischen Gesellschaft. Das macht ihre Stärke aus. Sie sind eher „national“ orientiert, im Gegensatz zu der internationalen Orientierung von Al Quaida. Beide sind also nicht identisch. Bindungen der Bevölkerung an die Taliban haben etwas mit Traditionen, mit Armut, Perspektivlosigkeit und mit lokalen Machtverhältnissen zu tun. Sie sind differenziert wahrzunehmen und zu behandeln. Schwarz-Weiss-Einstufungen sind gänzlich ungeeignet.

Erhebliche Teile der modernen Eliten sind von den Zahlungen der Interventen abhängig und so an sie gebunden.

Probleme und Gefahren der gegenwärtigen Situation

Die westliche Militärintervention steht vor einem doppelten Dilemma. Sie ist weder in der Lage, eine stabile und sichere Ordnung zu bewirken, noch ist dies allein durch den Abzug ihrer Truppen zu erreichen.

Die Armutssituation und die „Kollateral-Opfer“ der Bombardierungen veranlassen immer mehr Menschen, sich dem bewaffneten Kampf gegen „den Westen“ anzuschließen. Die Bombardierungen stärken also die Gegner der Interventionsstruppen.

Da die NATO aus westlicher Sicht nicht besiegt werden darf, ist eine ständige militärische Eskalation zu erwarten, so lange keine Exitstrategie existiert. „Vietnam 1973“ soll auf alle Fälle vermieden werden. Dementsprechend soll Berlin zusätzlich 250 Soldaten der Kampftruppen in den Norden schicken.

Schon steht ist der Konflikt in einem engen Zusammenhang mit der paschtunischen Bevölkerung im pakistanischen Gebiet. Bei einer Ausweitung des Krieges auf Pakistan und – bei einem US-/Israel-Angriff – auf Iran dürfte der Krieg völlig außer Kontrolle geraten.

Mit Eskalation und Ausweitung verschärft sich die Polarisierung zwischen islamischen Ländern und den intervenierenden westlichen kapitalistischen Staaten. Verstärkte Verfeindung und Feindbilder in den Gesellschaften werden das Ergebnis sein. Friedliche Lösungen von Konflikten auch außerhalb von Afghanistan würden immer schwieriger.

Ansätze für eine zivile Alternative

Die Situation in Afghanistan kann nicht schlagartig verändert werden. Die führende NATO-Macht USA sind nicht bereit, ihre Truppen abzuziehen und auch nicht die NATO. Deshalb ist jede Diskussion unter dem Vorzeichen „Wenn morgen alle Truppen abziehen“ völlig unrealistisch. So ist nach einer Möglichkeit der Weichenstellung hin zu Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB) unter den Bedingungen eines fortgeführten Krieges zu suchen. Das wird hier unternommen.

Eine Ausgangsthese lautet, erst wenn die afghanische Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erkennen kann, wird sie sich auch für Frieden engagieren. Eine wesentliche Verbesserung erfährt sie nicht durch die bisherige Arbeit der ISAF-Truppen. Diese können trotz aller absichtsvollen mythischen Verklärung keine systematische Politik der Entwicklung und Friedensförderung betreiben. Über 80% der deutschen ISAF-Truppen verbringen zudem ihre Einsatzzeit nur im eigenen Militärlager und beschäftigen sich mit ihrer eigenen Sicherheit.

Wir fordern eine Abkehr vom Krieg und eine zivile Entwicklungs- und Friedenspolitik für Afghanistan und seine Menschen. Das ist nicht mit mehr Soldaten, sondern nur mit mehr friedenspolitischem Engagement zu erreichen.

Deutschland könnte hierbei eine wichtige Rolle spielen.

- Deutschland verlängert nicht die Mandate für ISAF, Tornado und Enduring Freedom und gibt damit ein deutliches Signal der Neuorientierung. Dabei nennt Berlin ein festes Datum, bis zu dem die deutschen Truppen aus Afghanistan abgezogen sein werden.
- Berlin gibt gleichzeitig bekannt, es würde seine zivile Hilfe um den Betrag aufstocken, der durch den Abzug der Truppen frei würde. Das sind 500 bis 600 Millionen jährlich. Diese Mittel stünden für Entwicklungsprojekte in Afghanistan zur Verfügung, die von Orten und/oder Regionen des Landes gemeinsam für wichtig und nützlich gehalten werden und tatsächlich die Lebensbedingungen der Menschen vornehmlich auf dem Lande verbessern. Dort ginge es um soziale und medizinische Versorgung sowie um Arbeitsplätze und landwirtschaftliche Produktionen unabhängig vom Mohnanbau